



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/05/2015
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 15.09.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Vorschlag der CDU-Fraktion
Hier: Jobcenter Junges Hagen: Junge Menschen sofort beschäftigen
Vorlage: 0719/2015
7. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
Bericht der Verwaltung
8. . Vorschlag der SPD-Fraktion
Aufstockung der Objektverwalterstelle in der Hohenlimburger Flüchtlingsunterkunft Wilhelmstr./ Unternahmerstr.
Vorlage: 0861/2015
9. . Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden
Vorlage: 0836/2015
10. . Vorschlag der CDU-Fraktion
Hier: Eskalationskonzept zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
Vorlage: 0718/2015



11. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände
hier: Jahresberichte 2014
Vorlage: 0717/2015
12. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0722/2015
13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Hentschel begrüßt die Ausschussmitglieder nach der Sommerpause und bittet, die durch die aufgestellten Schilder vorgegebene Sitzordnung einzuhalten.

Weiterhin sei die Bitte an ihn herangetreten worden, bei der heutigen Sitzung die Tagesordnungspunkte 3,4 und 5 nach hinten zu schieben.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

2. . Mitteilungen

Herr Hentschel teilt mit, dass die Ausschussmitglieder, die Interesse hätten, sich eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes anzuschauen, sich nach der Sitzung melden könnten und dann ein Termin mit der Bezirksregierung vereinbart würde.

Frau Kaufmann kündigt eine Veranstaltung des Kommunalen Integrationszentrums an, die am 22. September im Rathaus an der Volme um 19.00 Uhr stattfindet.

Es handele sich um einen Vortrag von Herrn Nevfel Cumart, der zum Thema „Zwischen Kirchturm und Minarett“ Einblicke in das Leben der Muslime in Deutschland in seinem Vortrag gibt. Sie empfiehlt, sich diesen Vortrag anzuhören.

Sie bittet um Rückmeldung, ob die Ausschussmitglieder damit einverstanden seien, die Sitzung des Sozialausschusses am 1. Dezember eine Stunde später, also um 17.00 Uhr beginnen zu lassen. Der Grund liege in einem Besuch des Finanzministers Herrn Schäuble in Hagen. Man werde sich bemühen, die Tagesordnung entsprechend kurz zu gestalten.

Der Ausschussvorsitzende stimmt dem zu und stellt fest, dass die Ausschussmitglieder mit dem Vorschlag einverstanden sind.



Herr Goldbach nimmt Bezug auf das Angebot zur Besichtigung einer Flüchtlingsunterkunft des Landes und berichtet, dass er diesbezüglich bereits mit der Bezirksregierung Kontakt aufgenommen und vereinbart habe, dass eine schmale Delegation von 7 bis 8 Vertretern des Sozialausschusses diese Besichtigung durchführe. Er bäte daher die Fraktionen und andere Gruppen, jeweils nur einen Vertreter zu benennen, damit ein Querschnitt des Sozialausschusses vertreten sei. Man werde dann einen Termin mit der Bezirksregierung abstimmen.

Weiterhin nimmt er Bezug auf das Problem nicht krankenversicherter EU-Bürger. Es gebe mittlerweile vom Gesundheitsministerium des Landes ein Förderprogramm. Es werde eine Antragstellung des Diakonischen Werkes in Kooperation mit anderen Trägern geben. Dann könnte eine Clearingstelle eingerichtet werden, die sich speziell mit der Fragestellung der Herstellung des Krankenversicherungsschutzes auseinandersetze. Man hoffe sehr, beim Auswahlverfahren berücksichtigt zu werden.

Ein weiteres Förderprogramm zur Armutsbekämpfung des Landes unter dem Titel „NRW hält zusammen“, das man beantragt habe, solle sich schwerpunktmäßig auf den Stadtteil Wehringhausen konzentrieren. Man hoffe, auch diese Fördermittel für Hagen akquirieren zu können.

3. . Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Man habe ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister, Herrn Goldbach, Frau Sauerwein und ihm selbst über die Besetzung der Stelle des Seniorenbüros gesprochen. Der Oberbürgermeister habe dazu einen sehr interessanten Vorschlag unterbreitet. Man werde zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Er berichtet von der letzten Tagung des Landesseniorenbeirates. Man habe sich mit dem Thema „Alter belebt das Quartier - verantwortlich und gemeinsam“ auseinandergesetzt. Er bedankt sich bei Frau Kaufmann im Namen des Seniorenbeirates dafür, dass sie die Gelegenheit genutzt habe, diesen Kreis zu begrüßen und die Situation Hagens darzustellen.

Man werde die behandelten Themen in den beiden Arbeitskreisen weiter verfolgen und dem Sozialausschuss davon berichten. Ein weiteres zu behandelndes Thema sei Armut im Alter, von der besonders Frauen betroffen seien.



4. . Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Die Aktion „Hagen barrierefrei“ sei sehr erfolgreich und noch nicht abgeschlossen.

Unter der Leitung von Frau Kaufmann sei eine Steuerungsgruppe gegründet worden. Dort sollten alle Ergebnisse im Zusammenhang mit Inklusion zusammengeführt werden. Man habe 5 Arbeitsgruppen mit konkreten Arbeitsaufträgen. Er schlage vor, das Ergebnis dieser Arbeitsgruppen einmal hier vorzustellen.

Abschließend möchte er auf das Schwerpunktthema „Behinderung und Arbeit“ in der nächsten Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 29. September hinweisen, zu der man zwei Referentinnen der Agentur für Arbeit eingeladen habe. Er lade herzlich dazu ein.

Frau Kaufmann teilt mit, dass sie einen Antrag einer Fraktion bekommen habe, bei der es um die Frage ginge, inwieweit die Flüchtlingsunterkünfte behindertengerecht seien. Außerdem sei die Frage gestellt worden, ob Menschen mit Behinderungen innerhalb des Asylverfahrens bevorzugt behandelt würden? Soweit sie wisse, sei das nicht der Fall.

5. . Bericht aus dem Integrationsrat

entfällt

6. . Vorschlag der CDU-Fraktion

Hier: Jobcenter Junges Hagen: Junge Menschen sofort beschäftigen
Vorlage: 0719/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel begrüßt den Geschäftsführer des Jobcenters Mannheim Herrn Burg.



Herr Burg stellt das Konzept „Jobcenter Junges Mannheim“ vor (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Cramer bedankt sich herzlich bei Herrn Burg, dass er der Einladung der CDU-Fraktion gefolgt sei. Sie hoffe, dass diese Thematik im Sozialausschuss überparteilich behandelt werde, weil sie für Hagen sehr wichtig sei. Man habe in Hagen mehr als 1000 junge Menschen unter 25 Jahren, die dringend eine Vermittlung bräuchten.

Herr Burg beantwortet Fragen von Frau Cramer, Frau Fischbach, Herrn Ostermann, Herrn Goldbach, Herrn Sondermeyer, Herrn Vesper und Frau Buchholz.

Frau Timm-Bergs bedankt sich auch bei Herrn Burg im Namen der SPD-Fraktion.

Sie schlägt vor, eine Untergruppe zu bilden, um dieses wichtige Thema dort intensiver zu behandeln und festzustellen, welche Inhalte des Konzeptes man in Hagen übernehmen könne und inwieweit man in der Lage sei, das zu finanzieren.

Herr Fiedler nimmt als Vertreter des Jobcenters Hagen zu den Fragen Stellung.

Frau Buchholz fragt, inwieweit die Grundidee „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ rechtlich haltbar sei.

Herr Ostermann hält das Modell für einen hochinteressanten Ansatz. Er richtet die Frage an Herrn Fiedler, ob er das richtig aus der ersten Beiratssitzung in Erinnerung habe, dass in Hagen für ca. 10 % von 1200 jungen Menschen unter 25 Jahren Gelder für spezielle intensive Fördermaßnahmen zur Verfügung stünden.

Herr Hentschel bittet Herrn Fiedler, die Frage schriftlich zu beantworten.

Stellungnahme des Jobcenters:

„Gemeint sind vermutlich die Erläuterungen zu den „speziellen Maßnahmen für Jüngere“ (Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen, ausbildungsbegleitende Hilfen, Sozialpädagogische Begleitung und Ausbildungsmanagement, Einstiegsqualifizierung, Maßnahmen der vertiefenden Berufsorientierung, nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses). Hierfür sind für 2015 119 „Neueintritte“ und 169 Maßnahmen aus Vorjahren vorgesehen. Dafür stehen ca. 1,7 Mio € (14% des Eingliederungstitels) zur Verfügung. Die anderen Vermittlungsinstrumente stehen natürlich zusätzlich für den Personenkreis U25 zu Verfügung.“



Herr Wegener stellt fest, dass diese Aufgabe für Hagen sehr wichtig sei. Er sei daher der Meinung, dass man einen kleinen Kreis von Fachleuten bilden solle, der sich mit einer möglichen Umsetzung des Konzeptes beschäftige.

Frau Kaufmann bedankt sich ganz herzlich bei Herrn Burg für seinen Vortrag und dafür, dass er auf die Erstattung etwaiger Auslagen verzichtet habe. Sie hoffe, dass die Erfahrungen aus Mannheim eine Grundlage für Hagen sein könnten.

Herr Henschel stellt fest, dass er von Frau Timm-Bergs, Frau Sauerwein und Herrn Wegener die Anregung wahrgenommen habe, einen Arbeitskreis zu bilden. Es stelle sich die Frage, wer daran teilnehmen solle.

Herr Goldbach schlägt vor, dass man sich in der heutigen Sitzung darauf verständige, ob es einen solchen Arbeitskreis geben solle und den Punkt dann in der nächsten Sitzung noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen. Das könne auch ein Thema für den Bereich der Jugendhilfe sein. Seine Bitte richte sich an die Fraktionen, intern zu klären, wer die Vertretung wahrnehme und das mit den Kollegen aus dem Jugendhilfebereich rück zu koppeln. Aus der Verwaltung würden Frau Keller und Herr Goebels vertreten sein. Außerdem werde man die Agentur Mark ansprechen.

Herr Hentschel lässt über den Vorschlag abstimmen.

Weiterhin möchte er über den ursprünglichen CDU-Antrag abstimmen lassen.

Herr Ostermann sieht den ursprünglichen Beschluss mit dem soeben gefassten Beschluss als obsolet an. Der CDU-Fraktion sei mit diesem Arbeitskreis insoweit entgegengekommen worden, dass der Intention des Antrages Genüge getan sei.

Die CDU-Fraktion zieht den Wunsch nach einer weiteren Abstimmung zurück.

Beschluss:

Auf Vorschlag von Frau Timm-Bergs, Frau Sauerwein und Herrn Wegener wird ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Möglichkeit der Übertragung des Mannheimer Konzeptes „Jobcenter Junges Mannheim“ auf das Jobcenter Hagen befasst.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	1		4
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Linke	2		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 4

**7. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
 Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann merkt an, dass sie nach dem Vortrag von Herrn Gierke gern die Zahlen zum Thema Schule und Betreuung vorstellen würde, wenn das gewünscht sei.

Herr Gierke berichtet über die aktuelle Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber in Hagen (**siehe Anlage 1 zu TOP 7**).

Er beantwortet Fragen von Frau Buchholz und Frau Fischbach.

Herr Vesper berichtet, dass man bei der Belegung der Unterkunft in Delstern keine Informationen bekommen habe. Man habe das aus der Presse erfahren. Er wäre sehr dankbar, wenn man die Fraktionen zukünftig zeitnah informieren würde.

Herr Goldbach erwidert, dass die Kritik berechtigt sei. Man habe jetzt interne Abstimmungsprozesse, die das Verfahren optimieren würden. Man gelobe Besserung an der Stelle.

Er berichtet von der Konferenz der Sozialamtsleiter beim Städtetag in Köln, dass die Situation in allen Städten ähnlich sei. Man sei in Hagen im Vergleich zu anderen Städten mit der Unterbringungssituation noch komfortabel aufge-



stellt. Auch Beschlagnahmung durch Kommunalverwaltungen sei ein Thema, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Mit der Veränderung der Flüchtlingszahlen in dieser exorbitanten Höhe habe keiner rechnen können und man reagiere darauf von Tag zu Tag.

Herr Gierke beantwortet eine Frage von Herrn Ostermann zur Situation bei abgelehnten kommunalen Asylbewerbern und deren Rückführung. Zur zwangsweisen Rückführung könne er keine Auskunft geben. Genaue Informationen könne die Ausländerbehörde dazu geben.

Herr Sporkert sagt zu, die Zahlen schriftlich nachzuliefern (**siehe Anlage 2 zu TOP 7 und Anmerkung unten**).

„Zum 31.08.2015 hatten wir 149 Personen mit Duldung. In drei Fällen ist in diesem Jahr bisher Abschiebehaft angeordnet worden. 2 Rückführungen im Dublin-Verfahren nach Polen und in die Niederlande, sowie 2 Abschiebungen nach Serbien sind durchgeführt worden. Darüber hinaus haben wir 58 „freiwillige“ Ausreisen in erster Linie in die Balkanstaaten überwacht.“

Frau Engelhardt betont, dass sie befürworte, dass die Stadtteile in Hagen bei der Aufnahme von Flüchtlingen gleich und gerecht bedacht würden. In Bezug auf die Nennung von Standorten sei in der letzten Ratssitzung gesagt worden, dass man Verständnis dafür haben möge, dass man diese noch nicht benennen könne. Am nächsten Tag habe sie der Presse entnehmen können, dass das Telekom-Gebäude am Höing in Betracht käme. Das könne sie so nicht akzeptieren.

Herr Gierke bestätigt, dass es ihm ähnlich gehe, dass er der Zeitung Standorte entnehme, von denen er nicht wisse, ob diese innerhalb der Verwaltung zum Thema gemacht worden seien.

Frau Kaufmann berichtet, dass auch sie davon keine Kenntnis gehabt habe. Die Task-Force habe sich nicht damit befasst. Für dieses Gebäude habe man im Übrigen einen ganz anderen Interessenten. Man müsse sich vom internen Ablauf her so aufstellen, dass alle politischen Kräfte informiert seien. Sie danke an dieser Stelle allen Beteiligten und appelliere, die Bürger dafür zu gewinnen, zusammen mit der Verwaltung die Situation zu bewältigen. Allein sei das nicht zu schaffen.

Herr Gierke beantwortet eine Frage von Herrn Hentschel und merkt abschließend an, dass es für die Stadt Hagen aus wirtschaftlichen Aspekten wesentlich günstiger sei, wenn die Bezirksregierung Notunterkünfte in Hagen betreibe.



8. . **Vorschlag der SPD-Fraktion**

Aufstockung der Objektverwalterstelle in der Hohenlimburger Flüchtlingsunterkunft Wilhelmstr./ Unternahmerstr.

Vorlage: 0861/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Timm-Bergs begründet den Vorschlag ihrer Fraktion.

Herr Gierke bestätigt, dass es in der Tat vereinzelte Beschwerden von Anwohnern gebe. In Bezug auf die Polizeieinsätze habe er in Erfahrung gebracht, dass es acht Polizeieinsätze gegeben habe. Eine 24 Stunden – Betreuung würde Kosten von zusätzlich rund 250.000 € pro Jahr verursachen. In der Vergangenheit sei man in diesen Fällen in den Dialog mit den Nachbarn getreten und habe die Objektbetreuung intensiviert. Man werde sich überlegen, punktuell zusätzliche Objektbetreuung in unregelmäßigen Abständen dort einzusetzen. Dann könne man sich ein Bild von der Belastung der Anwohner machen und gezielter auf die Bewohner einwirken.

Frau Fischbach merkt in Richtung von Frau Timm-Bergs an, dass sie dankbar sei, dass diese bereits in ihrer Stellungnahme ein wenig zurückgefahren sei, dann ihre Fraktion hätte sich aus Kostengründen gegen diesen Beschlussvorschlag ausgesprochen. Dieses Geld würde sie lieber in Sprachförderung oder ähnliche Projekte stecken. Sie halte den von Herrn Gierke beschriebenen Vorschlag für eine gute Lösung.

Frau Sauerwein fragt Frau Timm-Bergs, ob sie sich mit dem von Herrn Gierke gemachten Vorschlag anfreunden könne. Sie fragt, ob das die Nacht einschließen.

Herr Gierke bestätigt, dass das so geplant sei.

Frau Timm-Bergs betont, dass ihr wichtig sei, dass die Anwohner das Gefühl hätten, dass man auf ihre Beschwerden reagiere. Man habe doch zu Recht Angst, dass die Stimmung in der Bevölkerung umschlage. Ihr sei wichtig, dass auch zu nächtllicher Stunde vermehrt geschaut würde, ob es Auffälligkeiten gebe. Sie könne sich mit dem gemachten Vorschlag anfreunden.

Herr Hentschel stellt fest, dass der gemachte Antrag von Seiten der SPD-Fraktion dahingehend umformuliert wird.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage von Herrn Vesper dahingehend, dass die Polizei zu den städtischen Sozialarbeitern, die jeweils für eine Unterkunft zuständig seien, Kontakt aufnehmen sollten. Er würde das nicht gern über die Objektbetreuung machen, weil diese von der Verwaltung beauftragt würde und das machen würden, was man ihnen als Auftrag gebe. Dafür würde dann auch eine Rechnung ausgestellt. Daher würde man das gern in der eigenen Steuerung haben. Die städtischen Sozialarbeiter würden das dann in der Abteilung von Herr Gierke rückkoppeln, dass an der Stelle mehr Objektbetreuung benötigt



würde.

Herr Ostermann formuliert einen Beschlussvorschlag, der von Frau Fischbach und Herrn Gierke noch geändert wird.

Mit der Formulierung ist Frau Timm-Bergs einverstanden.

Herr Hentschel stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Objektbetreuung in der Flüchtlingsunterkunft Wilhelmstraße / Unternahmerstraße wird ergänzt durch punktuelle Überprüfungen in der Nacht und am Wochenende.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Linke	2		
AfD	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

9. . Gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden Vorlage: 0836/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann berichtet, dass man im Verwaltungsvorstand über die Vorlage gesprochen habe. Die finanziellen Auswirkungen seien beträchtlich, aber der Kämmerer habe diese Vorlage mitgetragen, da die Verwaltung einen entsprechenden Beschlussvorschlag präsentiere.



Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Das Land habe das Thema aufgegriffen, was vor der Sommerpause Thema der Fraktion der Grünen gewesen sei. Das sei seinerzeit in erster Lesung beraten worden. Aufgrund der nun vorliegenden Landesregelung habe man sich nun unaufgefordert mit dieser Vorlage zurückgemeldet. Es sei sicher nicht wünschgemäß, was den Beschlussvorschlag angehe.

Das Gesundheitsministerium habe eine Vereinbarung abgeschlossen, die bei den Kommunen sehr umstritten sei. Eigentlich könne er berichten, dass diese aus Verwaltungssicht einhellig abgelehnt werde. Das Modell sei nicht identisch mit dem Bremer Modell. Er erläutert die Hintergründe.

Abschließend macht er deutlich, dass seiner Meinung nicht die Leistungsbezieher, sondern die Krankenkassen die Gewinner dieser Vereinbarung sein würden. Daher könne er den Abschluss dieser Vereinbarung nicht empfehlen. Es sei auch möglich, dass es zukünftig eine bundesgesetzliche Regelung geben werde.

Frau Kaufmann ergänzt, dass die bisherige Krankenscheinbehandlung keine privatärztliche Abrechnung mit sich bringe. Es würden über die gesetzlichen Leistungen hinaus keine Leistungen gewährt.

Frau Sauerwein erinnert daran, dass ihre Fraktion bei der damaligen Einbringung des Themas zwei wichtige Anliegen gehabt hätten. Zum einen sei das ein diskriminierungsfreier Zugang zum Gesundheitswesen gewesen. Weiterhin gäbe es wohl weiterhin bei einigen Ärzten Probleme beim Umgang mit den Krankenscheinen. Vielleicht müsse man da noch Aufklärung betreiben. Man habe doch gehofft, dass die Kommune bei diesem Modell Kosten einsparen könne. Das sei wohl augenscheinlich nicht der Fall. Auch hier sei die fehlende Konnexität sehr bedauerlich. Ihre Fraktion werde die Entwicklung auf der Kostenseite weiter beobachten.

Herr Sondermeyer kritisiert, dass eine Krankenkasse bei dieser Vereinbarung die Möglichkeit habe, mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist auszutreten. Außerdem fehle ihm der gesamte Bereich der Privatärztlichen Krankenversicherung. Warum sei dieser Bereich nicht involviert worden?

Herr Goldbach berichtet, dass lediglich die AOK Bremerhaven und die AOK Hamburg diese Vereinbarung abgeschlossen hätten. Diese von der Landesregierung ausgehandelte Rahmenvereinbarung sei sicher ein Durchbruch gewesen, weil das kein Wunschthema der Krankenkassen sei. Die privaten Krankenkassen seien an der Stelle außen vor.

Herr Groening und Herr Goldbach beantworten abschließend eine Verständnisfrage von Herrn Ostermann.

Herr Ostermann ist mit der Folgerung aus dem Sachverhalt nicht einverstanden und äußert Zweifel an der Richtigkeit. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Landespolitiker so kommunalfeindlich handelten. Ihm sei die Aussage un-



deutlich, dass die Deckelung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Vertrag aufgehoben würde. Er begründet seinen Standpunkt.

Herr Goldbach entgegnet, dass die Aussage von Herrn Ostermann nicht richtig sei. Er begründet seine Aussage.

Herr Hentschel stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, der Rahmenvereinbarung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Absatz 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1,1a Asylbewerberleistungsgesetz zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Krankenkassen nicht beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	4		
CDU	3		
Bündnis 90/ Die Grünen		2	
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Linke	1		1
AfD			

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 1
Enthaltungen: 2

10. . Vorschlag der CDU-Fraktion

Hier: Eskalationskonzept zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

Vorlage: 0718/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hentschel gibt der SPD- und der CDU-Fraktion Gelegenheit, ihren Antrag zu begründen.

Davon wird kein Gebrauch gemacht.



Herr Sporkert nimmt als Fachbereichsleiter des Fachbereiches 32 (Fachbereich für öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen) zu den Anträgen Stellung. Er beschreibt die Kernaufgabe des Ordnungsamtes. Leistungsmisbrauch gehöre nicht zu den Aufgaben.

Herr Goldbach macht deutlich, dass hier zwei Gesichtspunkte mit zwei unterschiedlichen Zuständigkeiten vorlägen.

Das Thema Schwarzarbeit berühre den Fachbereich Jugend & Soziales allenfalls in geringem Maße. Der Schwerpunkt im SPD-Antrag sei der Sozialmissbrauch. Das läge natürlich in der Zuständigkeit von 55. Man habe sich in einem Quick-Check mit dem Antrag befasst. Der Rat habe ja keinen Beschluss gefasst, sondern die Angelegenheit an den Sozialausschuss verwiesen, damit an der Stelle die fachliche Beratung stattfinde. Er beschreibt die Problemstellungen, die mit dem Auftrag verbunden seien.

Jedes dieser Systeme habe eigene Kontrollsysteme. Daneben werde man an die engen Grenzen des Sozialdatenschutzes stoßen.

Abschließend macht er deutlich, dass es nicht möglich gewesen sei, diese beiden Anträge umzusetzen, da sich bei der Bearbeitung zu viele Fragen ergeben hätten.

Herr Fiedler vom Jobcenter ergänzt die Ausführungen für den Bereich von SGB II und III.

Herr Ostermann schildert seine Verärgerung über den zweiten Teil des Antrages. Er kündigt für die nächste Sitzung des Sozialausschusses eine Anfrage seiner Fraktion zu diesem Thema an.

Herr Sondermeyer merkt an, dass schon viele Aussagen gegen die beiden Anträge gemacht worden seien. Dem wolle er sich anschließen. Außerdem habe er besonders mit den Inhalten des SPD-Antrages erhebliche Probleme und Zweifel an der Rechtmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Frau Fischbach erklärt, dass CDU- und SPD-Fraktion erste Lesung der Anträge beantragten.

Frau Engelhardt macht deutlich, dass es ihrer Fraktion bei dem Antrag um die sogenannten Hintermänner wie zum Beispiel die Schlepper gehe, die Scheinarbeitsverträge ausstellten. Genauso gehe es um Gewerbetreibende, die sagten, dass sie keine Rechnung bräuchten. Das sei ihres Erachtens genau wie die Schwarzarbeit nicht zu tolerieren. Daneben gebe es sicher Vermieter, die ihren Nutzen daraus zögen, dass Matratzenlager vermietet würden. Diese Auswüchse wolle man unterbinden.

Herr Ostermann bittet um deutlichere Formulierungen in den Anträgen.

Herr Goldbach hält die erste Lesung der Anträge für einen guten Vorschlag. Ihm sei klarer geworden, worin die gemeinsame Zielsetzung beider Anträge sei. Diese liege darin begründet, diejenigen zu treffen, die hinter dem System stünden. An einer solchen internen Abstimmung arbeite man derzeit.



So habe man für die nächste Sitzung die Möglichkeit, eine andere Stellungnahme zu erarbeiten.

Herr Hentschel lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Auf Antrag der CDU- Fraktion und der SPD- Fraktion wird die Beratung ihrer Anträge bezüglich des Eskalationskonzeptes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit als erste Lesung betrachtet.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	1		1
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Linke	2		
AfD			

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

**11. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände
hier: Jahresberichte 2014
Vorlage: 0717/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Sauerwein merkt an, dass man in der Vergangenheit diesen Bericht zunächst immer in erster Lesung behandelt habe.
Sie schlägt vor, diese Tradition fortzusetzen.

Herr Hentschel stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder mit diesem Vorschlag einverstanden sind.



Frau Kaufmann nutzt die Gelegenheit, den Verbänden für die gute Zusammenarbeit zu danken.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände **in erster Lesung** zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

12. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0722/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann weist auf das Angebot seitens der Verwaltung hin, durch den Geschäftsbericht zu führen. Es handele sich hier um die 15. Ausgabe des Geschäftsberichtes des Fachbereiches Jugend & Soziales. Dieses Amt bestünde aus 550 Mitarbeitern und sei somit das größte der Stadt Hagen. Man habe einige Reduzierungen vornehmen müssen und sei dennoch allen Aufgaben auf gute Weise nachgekommen. Das Ausgabevolumen sei beeindruckend hoch. Die Ausschussmitglieder trügen eine große Verantwortung und sie bedanke sich für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr. Sie danke auch ihren Mitarbeitern.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt Herr Goldbach vor, die sonst übliche schwerpunktmäßige Vorstellung des Geschäftsberichtes auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2014 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen



13. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Sondermeyer berichtet zum Thema des Mitnahmeverbotes von E-Scootern in Bussen der Hagener Straßenbahn, dass es dazu einen konkreten Lösungsvorschlag aus einer anderen Stadt gebe. Er wolle das gern in die nächste Sitzung des Sozialausschusses einbringen und die entsprechenden Akteure dazu einladen.

Herr Ostermann erklärt, dass es Hinweise gebe, dass der Beirat des Jobcenters in seiner derzeitigen Zusammensetzung nicht gesetzeskonform sein könnte. Sei der Verwaltung bekannt, ob der Beirat in dieser Form weiterbestehe oder in einer anderen Zusammensetzung neu konstituiert werden müsse?

Frau Kaufmann bestätigt, dass dieser nicht weiterbestehe, sondern in neuer Form gewählt würde. Der Ausschuss würde darüber in Kenntnis gesetzt.

Frau Buchholz teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss sich auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Neuausrichtung der Suchtberatung beschäftigt habe. In diesem Zusammenhang sei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses eine Anlage übersandt worden. Sie sei der Meinung, dass das auch ein Thema für den Sozialausschuss sei.

Herr Goldbach teilt mit, dass das der Wunsch des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewesen sei, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Verbände seien an dem Prozess beteiligt worden. Alle Punkte bis auf einen würden auch so umgesetzt. Der eine Punkt betreffe die organisatorische Zuordnung innerhalb der Verwaltung. Da würde es nach seinem Kenntnisstand absehbar keine Änderung geben.

Herr Hentschel verspricht, zu prüfen, ob eine Beratung im Sozialausschuss sinnvoll sei.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.40 Uhr

gez. Ingo Hentschel

Vorsitzender

gez. Sabine Högrebe

Schriftführerin